

Schleswig-Holstein-Fenster

der Schleswig-Holsteinischen CDU-Landesgruppe zum
Regierungsprogramm von CDU und CSU

„Wir haben die Kraft für Schleswig-Holstein“

Wir haben die Kraft für Schleswig-Holstein

Im Herbst dieses Jahres entscheiden die Menschen in Schleswig-Holstein über ihre Zukunft. Sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene werden die Weichen für die nächsten Jahre gestellt. Die Weltwirtschaft befindet sich in der schwersten Krise der Nachkriegszeit. Gerade Deutschland leidet als Exportweltmeister unter den extremen Auswirkungen: In der Geschichte der Bundesrepublik ist die Wirtschaftsleistung noch nie mehr als ein Prozent zurückgegangen. In diesem Jahr werden es voraussichtlich sechs Prozent sein. Deshalb wird es sowohl im Land als auch im Bund vorrangig um die Frage gehen, wie wir die derzeitige Wirtschaftskrise überwinden und wer die besten Konzepte hierfür hat.

Vier Jahre Regierungsverantwortung der Union haben Schleswig-Holstein und ganz Deutschland gestärkt. Die Nettoneuverschuldung konnte in den zurückliegenden Jahren erheblich abgebaut werden. Nur aufgrund der guten Haushaltspolitik der letzten drei Jahre sind wir in der Lage, die jetzigen Konjunkturmaßnahmen zu finanzieren. Mit der Schuldenbremse im Grundgesetz wurde außerdem die Voraussetzung dafür geschaffen, nach der Krise den Schuldenabbau fortzusetzen.

Aber auch andere Maßnahmen dieser Wahlperiode haben Deutschland krisenfest gemacht:

Arbeitnehmer und Unternehmen wurden massiv entlastet. Das in der letzten Sitzungswoche beschlossene Bürgerentlastungsgesetz bringt Erleichterungen von 9 Milliarden Euro. Durch die Unternehmenssteuerreform ist die Steuerbelastung für alle Unternehmen auf unter 30 Prozent gesenkt worden. Binnen kurzer Zeit wurden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 2,8 Prozent gesenkt – der geringste Beitrag seit 25 Jahren.

Mit den Konjunkturpaketen haben wir das richtige Maß gefunden zwischen notwendigen Impulsen auf der einen und möglichst geringen Markteingriffen auf der anderen Seite: Bürger und Betriebe werden entlastet, öffentliche Investitionen in Bildung und weitere Infrastrukturmaßnahmen werden gefördert. Flankiert werden die Pakete durch Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie die Verlängerung der Kurzarbeit und eine Ausweitung des Kredit- und Bürgschaftsprogrammes.

Mit der Erweiterung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes hat der Bundestag außerdem sichergestellt, dass Kreditinstitute toxische Papiere in eine Bad Bank ausgliedern können. Für die in Schwierigkeit geratene HSH Nordbank

besteht damit die Möglichkeit, diese für die norddeutsche Wirtschaft wichtige Bank wieder zukunftssicher zu machen.

Um in Zukunft unseren Wohlstand und unsere sozialen Errungenschaften zu sichern, müssen wir den Spagat zwischen Schuldenbegrenzung auf der einen Seite und wichtigen staatlichen Aufgaben auf der anderen Seite schaffen. Der jungen und zukünftigen Generation müssen ausreichend Handlungsspielräume bleiben, aber auch die Renten müssen langfristig finanziert werden.

Deshalb brauchen wir vor allem eines: Wirtschaftswachstum.

Jedes Regierungsprogramm muss sich demzufolge vor allem daran messen lassen, inwieweit sich mit den darin niedergelegten Maßnahmen Wachstum generieren lässt.

CDU und CSU haben ein überzeugendes Regierungsprogramm für den Zeitraum zwischen 2009 und 2013 vorgelegt, das zu mehr Wachstum und Arbeit führen wird. In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland hängt langfristiges Wachstum insbesondere von unseren Investitionen in Bildung und Familie ab. Nicht zuletzt ist der sicherheitspolitische Rahmen entscheidend. Ohne ihn kann sich die Wirtschaft nicht frei entwickeln und die Menschen kein freies Leben führen. Das Regierungsprogramm konzentriert sich deshalb auf folgende Punkte:

- Wir wollen die Bürger und Unternehmen entlasten. Die Wirkung der sogenannten „kalten Progression“ werden wir mildern, die Unternehmenssteuer krisenfest weiterentwickeln.
- Unser Land soll Bildungsrepublik werden. Bildung darf keine Frage des Einkommens der Eltern sein. Wir wollen unser Bildungsangebot weiter ausbauen.
- Wir werden Ehe und Familie weiter stärken. Dazu werden wir unsere Anstrengungen im Bereich des Ausbaus von Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige fortsetzen und ein Betreuungsgeld einführen. Wir werden das Ehegattensplitting voll erhalten und zu einem Familiensplitting ausbauen. Dazu wird der Grundfreibetrag für Kinder auf 8.004 Euro – also den Satz der Erwachsenen – angehoben.
- Wir werden die Sicherheit in unserem Land gegen innere und äußere Gefahren bewahren.
- Wir wollen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch international verankern.

Die schleswig-holsteinische Landesgruppe innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion betrachtet sich als Botschafter und Sprachrohr Schleswig-Holsteins in Berlin und innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie sorgt dafür, dass die Interessen Schleswig-Holsteins in der Bundespolitik angemessen zum Wohle der Menschen in unserem Bundesland berücksichtigt werden.

Das „Schleswig-Holstein Fenster“ zum Regierungsprogramm der CDU/CSU ist Orientierung, Auftrag und Leitlinie der zukünftigen Tätigkeit der Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Es ist zugleich Grundlage für eine verstärkte Kooperation in Norddeutschland.

Wir, die schleswig-holsteinische Landesgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, werden uns in enger Abstimmung mit dem CDU-Landesverband und der CDU-Landtagsfraktion in der kommenden Legislaturperiode für die konsequente Durchführung des gemeinsamen Regierungsprogramms der CDU/CSU und darüber hinaus insbesondere für folgende landesspezifische Ziele einsetzen:

Verkehrsinfrastruktur: Die Lebensadern Schleswig-Holsteins

Eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur ist für die individuelle Mobilität der Menschen in Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung.

Die Verkehrsinfrastruktur ist ein zentraler Standortfaktor. Das gilt gerade auch für unser Land: Auf der einen Seite müssen Schleswig-Holsteinische Betriebe und Unternehmen zu ihren Absatzmärkten oft weitere Wege einkalkulieren als aus anderen Teilen Deutschlands. Auf der anderen Seite gilt es, den besonderen Standortvorteil Schleswig-Holstein als Verkehrsdrehscheibe zwischen Nord- und Ostsee sowie als Umschlagplatz für den internationalen Warenverkehr weiter auszubauen.

In den letzten vier Jahren konnten viele für Schleswig-Holstein wichtige Verkehrsprojekte auf den Weg gebracht werden. Allen voran steht der Bau einer festen Fehmarnbeltquerung. Jetzt geht es darum, die Chancen der festen Beltquerung zu nutzen. Aus bundes- und landespolitischer Perspektive entsteht hier ein Schlüsselprojekt für grenzüberschreitendes Zusammenwirken und mehr Wachstum im Ostseeraum. Das herausragende Bauvorhaben wird für einen noch engeren Austausch der beiden nordeuropäischen Metropolen Hamburg und Kopenhagen/Malmö mit allen Vorteilen für Innovation und moderne Arbeit sorgen. Nach ihrer Vollendung wird diese beschleunigte

Verkehrslinie insbesondere für die Regionen Ostholstein und Lübeck zahlreiche Perspektiven aufzeigen. Mit der Realisierung hat Schleswig-Holstein das Potential zur Logistikkreuzung in ganz Nordeuropa zu werden. Dies müssen wir nutzen.

Wir nehmen aber auch die Anliegen und Sorgen der Menschen in der Region sehr ernst. Deshalb gibt es einen ständigen Dialog mit den Kommunen und regionalen Akteuren, der auch die bereits gegründeten deutsch-dänischen Organisationen berücksichtigt und einbezieht. Mit gezielter Förderpolitik wollen wir dazu beitragen, dass eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt wird. Ein neuer grenzüberschreitender Arbeitsmarkt wird entstehen.

Unser besonderes Augenmerk werden wir auf den Ausbau der Hinterlandanbindung legen. Hier gilt es, einen mit den Kommunen abgestimmten Trassenverlauf der zweigleisigen Schienenhinterlandanbindung zu erreichen.

Die Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein hat durch die jüngsten konjunkturellen Maßnahmen einen zusätzlichen Schub erhalten. Dennoch müssen alle im Bau befindlichen infrastrukturellen Maßnahmen im Land weiterhin zügig fortgeführt werden, die baureifen Vorhaben müssen schnellstmöglich begonnen und die übrigen Projekte des vordringlichen Bedarfs zeitgerecht realisiert werden.

Beim Straßenverkehr sind Autobahnen und Bundesstraßen die am stärksten frequentierten Verkehrswege in Schleswig-Holstein. Deshalb setzen wir uns insbesondere ein für

- die zügige Verwirklichung der Bundesautobahn A 20 mit einer festen Elbquerung bei Glückstadt.
- den 6-spurigen Ausbau der Bundesautobahn A 7 von Hamburg bis zur Grenze nach Dänemark.
- den Ausbau der B 404 zur vollwertigen A 21 zwischen Bargteheide und der A24, ebenso wie für die unverzügliche Planung der Fortführung Richtung Süden mit Elbquerung bei Geesthacht.
- den Ausbau der B5 (dreistreifiger Ausbau Tönning-Husum, Ortsumgehungen Hattstedt, Struckum, Breklum, Bredstedt).
- die zügige Umsetzung der in Planung befindlichen Ortsumgehungen, etwa im Verlauf der B 202 (Beispiel: OU Tating).
- ein Gesamtkonzept zum Ausbau der Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbeltquerung – hier ist insbesondere die Anbindung an die A 1 und die B202 sicher zu stellen.

Der Export ist für unser Land der Schlüssel zu Wohlstand und Wachstum. Die Häfen Schleswig-Holsteins sind unsere Tore zur Welt und gleichzeitig Brücken zwischen den Märkten Osteuropas, Skandinaviens und Westeuropas.

Um die Qualität des Werftenstandortes Schleswig-Holstein, der Seeschifffahrt und der Hafenwirtschaft sicher zu stellen und auszubauen wollen wir

- eine zügige Umsetzung und Weiterentwicklung des nationalen Hafenkongzeptes. Hierbei ist insbesondere eine Stärkung der Hafenhinterlandanbindungen wichtig.
- die Stärkung des Elbe-Lübeck-Kanals als Bindeglied des Seehafens Lübeck zum Hamburger Hafen und für die Europa-Schifffahrt.
- den zügigen weiteren Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals sowie der dazugehörigen Schleusenanlagen.
- die Einhaltung der Deichsicherheit bei der Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe für die anliegenden Gemeinden, die Gewährleistung der Befahrbarkeit der Nebenflüsse sowie den Schutz vor Sog und Schwell durch zu schnell fahrende Schiffe.
- den Ausbau des Elbehafens Brunsbüttel.
- die Sicherung und Unterhaltung der Bundeswasserstraßen für den Fährverkehr im Wattenmeer.

Um einen besseren Bahnverkehr in Schleswig-Holstein sicher zu stellen, sind folgende Maßnahmen umzusetzen bzw. eine Zeit- und Kostenplanung notwendig für

- den Ausbau und die Elektrifizierung der Eisenbahnlinie nach Puttgarden als Teil der Hinterlandanbindung einer festen Fehmarnbeltquerung. Hierbei gilt es, auch durch Überprüfung eines geeigneten Trassenverlaufes, den Interessen der anliegenden Gemeinden Rechnung zu tragen.
- den Ausbau der Bahnstrecke Hamburg-Westerland mit zweigleisigem Bau des Abschnitts Niebüll-Westerland.
- die Beseitigung des Engpasses zwischen Elmshorn und Pinneberg durch ein drittes Gleis.
- den Bau der S-Bahnlinie 4 zwischen Ahrensburg und Hamburg spätestens bis zur Inbetriebnahme der festen Fehmarnbeltquerung.
- die Modernisierung der Schleswig-Holsteinischen Bahnhöfe. Dies muss insbesondere einen behindertengerechten Ausbau beinhalten.

Der Flugverkehr hat in den letzten Jahren an enormer Bedeutung gewonnen. Ein Flughafen ist deshalb ein wichtiger Standortfaktor. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Kaltenkirchen weiterhin eine Option im Flughafenkonzept der Bundesregierung bleibt.

Maritime Politik: Wirtschaften und Forschen an der Waterkant

Für das meerumschlungene Schleswig-Holstein war die maritime Wirtschaft seit jeher ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Krise hat einige Branchen der maritimen Wirtschaft schwer getroffen. Besonders im Schiffsbau ist die Situation schwierig. Mehr als je zuvor gilt es deshalb, diesen für uns im Norden so wichtigen Wirtschaftsfaktor in seiner Breite zu unterstützen und die Arbeitsplätze zu sichern. Aber maritime Politik muss noch mehr im Auge haben: Die Sicherheit der Menschen an und auf der See ist ebenso wichtig, wie die Erforschung der einzigartigen Lebensräume im Meer und an der Küste.

Wir treten deshalb ein für

- mehr Sicherheit auf See und eine nationale Küstenwache

Mehr als zehn Jahre sind seit dem Unglück der Pallas vergangen. Trotz erheblicher Verbesserungen seit dem, ist die Sicherheitsstruktur auf See noch immer nicht optimal. Mit dem Eintritt der Union in die Bundesregierung vor vier Jahren konnte der Bau zweier neuer Notschlepper für Nord- und Ostsee durchgesetzt werden: modern, leistungsstark und für neue Gefahrenlagen gewappnet. Die Notschlepper sind im Bau.

Eine effiziente Aufgabenerfüllung auf See ist eines der wichtigsten Anliegen der Landesgruppe gewesen. Wir konnten dabei große Fortschritte erzielen:

Seit 2007 koordiniert das Gemeinsame Lagezentrum See im Maritimen Sicherheitszentrum von Cuxhaven aus den Einsatz im Seegebiet vor der deutschen Küste und seit Mai 2008 erproben Zoll und Bundespolizei außerdem gemeinsame Streifen auf der Ostsee. Mittlerweile wurde sich auch auf eine gemeinsame Arbeitsgruppe verständigt, die ein gemeinsames Rahmenkonzept für die maritime Aufgabenwahrnehmung entwickeln soll. Ziel ist der koordinierte Einsatz gemischter Besatzungen auf allen maritimen Einsatzmitteln beider Partner. Eine gemeinsame Besatzung soll es auch auf den neuen SWATH-Booten des Zoll geben.

Dennoch bleibt das Nebeneinander von 16 Bundes- und Landesbehörden auf See unbefriedigend. Unser Ziel bleibt eine einheitliche nationale Küstenwache, die in einem ersten Schritt durch Zusammenführung von Bundeskompetenzen angestrebt wird.

- die Beibehaltung der Tonnagesteuer

Die Einführung der Besteuerung nach Tonnage ist für unsere Reeder eine Anpassung an den internationalen Standard und damit eine wichtige Voraussetzung, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Da die Reeder diese Form der Besteuerung nur dann nutzen können, wenn sie das Schiff in Deutschland bereedern, wirkt sich die Tonnagesteuer gleichzeitig positiv auf den Bereederungsstandort Deutschland aus. Der Boom der letzten Jahre in der Schifffahrtsbranche in Deutschland kann zu einem Teil auch auf diese Form der Besteuerung zurückgeführt werden. Die Branche hält aber auch in der momentanen Krise an der Tonnagesteuer fest - und dass obwohl auch dann Steuerlast entsteht, wenn kein Gewinn erzielt wird, weil das Schiff beispielsweise auf Reede liegt. Wir müssen auch in Zukunft klar machen, dass die Tonnagesteuer keine Subvention ist. Vielmehr sorgt diese Besteuerung dafür, dass ein Reeder in Schleswig-Holstein die gleichen Wettbewerbsbedingungen wie ein Reeder in Rotterdam hat.

- die Anerkennung des IFM-GEOMAR als „Deutsches Meeresforschungszentrum“

Das Leibniz-Institut für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR) verfügt über eine moderne und leistungsfähige Forschungsinfrastruktur. Dazu zählen vier eigene Forschungsschiffe sowie verschiedene Langzeitobservatorien. Aufgabe des Instituts ist die Untersuchung der chemischen, physikalischen, biologischen und geologischen Prozesse im Ozean und ihre Wechselwirkung mit dem Meeresboden und der Atmosphäre. Damit deckt das IFM-GEOMAR ein einzigartiges Spektrum ab.

Mit dem Status als nationales Zentrum würde die deutsche Meeresforschung international besser sichtbar gemacht und national klare Zuständigkeiten geschaffen werden. Die Anerkennung als „Deutsches Meeresforschungszentrum“ ist mit keinerlei zusätzlichen Kosten verbunden.

- einen engagierten Küstenschutz

Für Schleswig-Holstein als dem Land zwischen den Meeren kommt dem Küstenschutz eine besondere Bedeutung zu – gerade angesichts der Herausforderungen des Klimawandels mit steigendem Meeresspiegel. Küstenschutz bedeutet Sicherheit für die Menschen an den Küsten, hinter den Deichen. Diese Sicherheit hat für uns Priorität und ist eine nationale Aufgabe. Die Landesgruppe Schleswig-Holstein konnte gemeinsam mit den CDU-Landesgruppen der anderen Küstenländer ein Sonderprogramm für den Küstenschutz durchsetzen. In den kommenden Jahren stehen bis zum Jahr 2024 jährlich 25 Mio. €, insgesamt 380 Mio. € zusätzlich zur Verfügung, um den Küstenschutz an die Herausforderungen des Klimawandels anzupassen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Politik eines engagierten und aktiven Küstenschutzes auf Dauer verstetigt wird.

Gesundheit

Wir verfügen über eines der im internationalen Vergleich besten und leistungsfähigsten Gesundheitssysteme. Dies verdanken wir nicht zuletzt dem Umstand, dass den Bürgerinnen und Bürgern ein breites Spektrum an freiberuflichen niedergelassenen Haus- und Fachärzten zur Verfügung steht, das flächendeckend eine gute medizinische Versorgung gewährleistet.

In dem Regierungsprogramm der Union machen wir deutlich, dass gerade die Freien Berufe die tragende Stütze des sehr guten Gesundheitssystems in unserem Land sind und dass wir alles daran setzen werden, diese freiberuflichen Strukturen auch zu stärken.

Der Sicherung einer wohnortnahen Versorgung vor allem in den ländlichen Regionen, wie sie für Schleswig-Holstein charakteristisch sind, werden wir besondere Aufmerksamkeit widmen. Nach unserer Überzeugung muss die Politik den Leistungserbringern und den Kassen die Voraussetzungen für ein sinnvolles und praktikables Nebeneinander von allgemeinen und einzelvertraglichen Regelungen schaffen, denn beide Vertragsformen haben ihre besonderen Vorteile und sind unter bestimmten Voraussetzungen für alle Beteiligten von Nutzen. Der freie Zugang zu den Ärzten ihrer Wahl muss für die Patienten erhalten bleiben, daher ist der Kollektivvertrag vor allem für den ländlichen Raum für uns unabdingbar. Daneben können auf die jeweiligen Erfordernisse in den Regionen individuell zugeschnittene Versorgungskonzepte – wie Hausarztmodelle - entstehen.

Die Anpassung der ärztlichen Honorare muss auch in Schleswig-Holstein den Erhalt der freien Arztpraxen garantieren.

Unser Gesundheitssystem muss transparenter und für alle beteiligten Akteure, für Versicherte bzw. Patienten ebenso wie für die Leistungserbringer wieder verständlich und nachvollziehbar werden. Wir werden überkomplizierte Strukturen vereinfachen und den Verwaltungsaufwand durch den Abbau von gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen reduzieren.

Die Gesundheitsbranche wird auch als Arbeitgeber in Schleswig-Holstein zunehmend wichtiger. Viele wichtige Unternehmen im Gesundheitsbereich sind bei uns angesiedelt. Wir wollen diese Unternehmen und auch ihre Forschung fördern u.a. durch die Unterstützung des norddeutschen Clusters im Bereich Life Science.

Umwelt, Energie und ländliche Räume

Unser Bundesland zeichnet sich durch die besondere Schönheit und Vielfalt seiner Naturlandschaften aus. Diese sind unser wichtigstes Gut auch als Existenzgrundlage für die Menschen, die mit der Nutzung der Naturgüter ihre Existenzbedingungen sichern. Nicht zuletzt ist ihr Erhalt Voraussetzung für den Tourismus in Schleswig-Holstein. Umwelttechnologien stellen zunehmend einen wichtigeren Wirtschaftszweig dar, in dem Schleswig-Holstein über besondere Potentiale verfügt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Möglichkeiten der Technologieförderung gerade in diesem Bereich seitens des Bundes mehr als bisher auch Schleswig-Holstein zu Gute kommt.

Das Wattenmeer hat mit der Anerkennung als Weltnaturerbe eine besondere Auszeichnung durch die UNESCO erfahren. Darauf können wir stolz sein, denn es ist in erster Linie eine Würdigung der Leistungen von Menschen, die im und am Wattenmeer seit Generationen leben und diesen einmaligen Naturraum zu erhalten wissen. Wir setzen uns dafür ein, die Auszeichnung als Weltnaturerbe für die Weiterentwicklung des Tourismus zu nutzen. Dabei bauen wir auf enge Kooperation der Wattenmeerregionen, der Menschen und Organisationen im und am Wattenmeer und setzen uns für eine nationale Unterstützung ein.

Aufgrund seiner geografischen Lage wirken sich Veränderungen des Klimas auf Schleswig-Holstein besonders stark aus.

Klimaschutz muss deshalb ganz oben auf der Agenda stehen. Schleswig-Holstein ist Vorreiter im Bereich der Erneuerbaren Energien und leistet damit in Deutschland einen besonderen Beitrag zum Klimaschutz. Deshalb haben wir

uns in den vergangenen Jahren bei verschiedenen Gesetzesvorhaben gerade im Interesse Schleswig-Holsteins für bessere Rahmenbedingungen der Erneuerbaren Energien eingesetzt. Dennoch bleiben Probleme, die dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, insbesondere der Windkraft, noch entgegenstehen. Das größte Hindernis stellt der unzureichende Netzausbau dar, um den Strom aus Erneuerbaren Energien abzuführen. Hier wollen wir in gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Land und Bundesnetzagentur endlich die Hürden und Engpässe beseitigen. Die im Bundesrecht geschaffenen Möglichkeiten, Netzausbau als Erdkabel vorzunehmen, wollen wir genutzt sehen.

Trotz der besonderen Lage in Schleswig-Holstein wissen wir, dass kurzfristig kein vollständiger Umstieg allein auf Erneuerbare Energien möglich ist. Wir setzen deshalb neben Energieeinsparung und Energieeffizienz auf einen Energiemix, zu dem auch längere Laufzeiten von Kernkraftwerken gehören. Dabei steht außer Frage, dass die Sicherheit der Kernkraftwerke für uns absolute Priorität hat. Daneben werden wir auf eine begrenzte Zeit auch auf fossile Energieträger nicht verzichten können. Hier wollen wir Umwelt- und Klimaverträglichkeit z.B. durch Kraft-Wärme-Kopplung verbessern.

Innerhalb des Energie-Mix ist die CCS-Technologie für die CDU-Landesgruppe kein hinreichend ausgereiftes Instrument. Der CCS-Gesetzesentwurf ist insbesondere auf Initiative der CDU-Landesgruppe Schleswig-Holstein gestoppt worden. Das RWE-Projekt eines CO₂-Endlagers in Schleswig-Holstein lehnen wir ab. Wir werden uns auch in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass keine CO₂-Endlager in Schleswig-Holstein eingerichtet werden. So setzen wir den erklärten Bürgerwillen in politisches Handeln um.

Wir wollen die Vielfalt der ländlichen Räume erhalten und deren Stärken und Wirtschaftskraft fördern. Genauso wie Kommunalstraßen, Wasser- und Abwasserleitungen gehören heute auch Breitbandkabel zur Daseinsvorsorge und sind ein wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor. Deshalb müssen die Gemeinden noch besser als bisher bei ihren Konzepten zur Versorgung des ländlichen Raums mit Breitbandanschlüssen unterstützt werden. Wir werden uns für eine flächendeckende Breitbandversorgung einsetzen. Die Förderung muss sich an den Bedürfnissen vor Ort ausrichten und auch eigene Kabellösungen einschließen.

In den ländlichen Räumen ist die Landwirtschaft noch immer einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren. Sie zu stärken ist die beste Politik für ländliche Räume. Deshalb setzen wir uns für eine moderne, nachhaltige und wettbewerbsstarke Landwirtschaft ein. Wir werden die Landwirte in den

folgenden Jahren der Umstellungen und Veränderungen unterstützen, dies gilt insbesondere in der Milchwirtschaft.

Wir werden uns außerdem für die Förderung der Agrarforschung als wichtiges Zukunftsfeld für Energieversorgung und grüner Gentechnik stark machen.

Sicherheit

Schleswig-Holstein weist die größte Stationierungsdichte unter den Bundesländern aus. Die Soldatinnen und Soldaten und die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leben gern im Bundesland zwischen den Meeren und sind uns herzlich willkommen. Die Bundeswehr nimmt aktiv am kommunalen Leben teil und ist einer der größten Arbeitgeber. Wir wollen, dass die Bundeswehr in Schleswig-Holstein weiterhin stark vertreten ist.

Neue Gefahren im Inneren und von Außen verlangen neue Antworten bei der Lösung der Inneren und Äußeren Sicherheit. Die Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und den anderen Sicherheitsorganen bei einem Einsatz im Inneren muss der neuen Situation angepasst und zweifelsfrei normiert werden.

Die „Zivil-Militärische-Zusammenarbeit“ zwischen der Bundeswehr und den kommunalen Einrichtungen hat sich hier bereits in der Vergangenheit bewährt. Wo immer es möglich und notwendig ist, muss diese Zusammenarbeit in den Kommunen ausgebaut werden, ohne größere zusätzliche Kosten für den Haushalt zu verursachen.

Gleich ob Seefahrt aus beruflichen oder privaten Gründen betrieben wird - die Rettung aus Gefahren insbesondere aus Seenot muss jederzeit sichergestellt sein. Deswegen muss in der Ostsee und in der Nordsee ein von der Bundeswehr betriebenes funktionierendes SAR-System auch zukünftig gesichert sein.

Tourismus und Kultur

In Schleswig-Holstein leben ca. 80.000 Menschen direkt vom Tourismus. Noch viel mehr Menschen sind mittelbar auf ihn angewiesen. Das gilt insbesondere für die Inseln. Die Politik der Union in Berlin und in Kiel hat dem Tourismus in den vergangenen Jahren gut getan: Touristische Zielgruppen werden konsequent umworben; mittelstandsorientierte Politik hilft gerade der klein- und mittelständisch strukturierten Tourismuswirtschaft in unserem Land.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass

- die Ferienzeiten besser den Bedingungen der Tourismuswirtschaft angepasst werden.
- die Belastungen der Tourismuswirtschaft durch Bürokratie und Abgaben abgebaut werden (z.B. GEZ-Gebühren).
- die Belange von Hotellerie und Gastronomie im Rahmen der beabsichtigten Überprüfung von Mehrwertsteuersätzen insbesondere mit dem Ziel einer europäischen Wettbewerbsgerechtigkeit berücksichtigt werden.

Aufgrund der hohen Förderungen in den letzten zwei Jahrzehnten in den Tourismus der ostdeutschen Länder, hat Schleswig-Holstein in Teilen erheblichen Aufhol- und Modernisierungsbedarf. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es zu keinen weiteren Wettbewerbsverzerrungen kommt

Schleswig-Holstein ist ein Kulturland. Die kulturelle Vielfalt Schleswig-Holsteins gilt es weiterhin zu schützen und die historisch bedeutende Substanz des Landes zu sichern. Kultur ist aber auch ein bedeutender Wirtschafts- und Standortfaktor. Daher werden wir uns intensiv dafür einsetzen, dass die Mittel des Bundeskulturhaushaltes auch den kulturellen Leuchttürmen und den kleineren Kulturzentren Schleswig-Holsteins zugute kommen und damit das Land angemessen berücksichtigt wird. Auf dieser Grundlage stärken wir auch den Kulturtourismus in Schleswig-Holstein weiter. Wir setzen uns dem Prinzip der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für Kultur folgend außerdem ein

- für den Standort Schleswig-Holstein als attraktiven bundesweiten Film- und Fernsehdrehort.
- für Investitionen in den Altstadtkern der Hansestadt Lübeck, in das Schloss Glücksburg und in die Städte Husum, Neumünster, Friedrichstadt und Flensburg
- für der Ausbau von Schloss Gottorf als Kultur- und Museumszentrum Schleswig-Holsteins.
- für die Fortführung der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft
- für die Kulturgutsicherung als einen Schwerpunkt unserer Bundeskulturpolitik. Vorbilder dafür sind das Denkmalschutzsonderprogramm des Bundes und die für die Erhaltung von Denkmälern im Konjunkturpaket II vorgesehenen Mittel.

- für den länderübergreifenden UNESCO-Weltkulturerbeantrag "Phenomena and Monuments of Viking Culture" (Arbeitstitel), um damit das Danewerk und die Wikingersiedlung Haitabu zu unterstützen.
- für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Kulturförderung durch Stiftungen, Mäzenatentum und Sponsoring, die auch das Ehrenamt stärken. Bürokratische Hürden sollen weiter abgebaut werden. Die Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des 15. und 16. Deutschen Bundestages sollen hierbei herangezogen werden.
- für bessere Rahmenbedingungen und Erlösmöglichkeiten von Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen in Schleswig-Holstein.

Zusammenarbeit mit den Nationalen Minderheiten

Schleswig-Holstein verfügt als einziges Bundesland mit den Dänen, den Friesen sowie den Sinti und Roma über drei anerkannte nationale Minderheiten. Dies ist für unser Land ein Alleinstellungsmerkmal. Autochthone Minderheiten zu unterstützen und zu fördern ist aber nicht nur eine Aufgabe des jeweiligen Bundeslandes, sondern nach unserem Verständnis auch eine gesamtstaatliche Aufgabe. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Organisationen der nationalen Minderheiten ihre bisherige finanzielle Förderung auf aktuellem Niveau verstetigt und die Projektförderung weiterhin ermöglicht wird. Dies gilt auch für das Projekt einer Organisationszentrale für die friesische Volksgruppe.

Die Einrichtung des Europäischen Zentrums für Angelegenheiten nationaler Minderheiten in Flensburg (ECMI) hat sich bewährt und wird von uns weiterhin unterstützt. Darüber hinaus plädieren wir wie unser Ministerpräsident für einen Kommissar für Nationale Minderheiten auf EU-Ebene.

Wir verstehen uns auch als Anwalt der Interessen der deutschen Minderheit in Nordschleswig und sichern ihr unsere Unterstützung dahingehend zu, dass ihre Arbeit auch weiterhin als nationale deutsche Aufgabe verstanden wird und entsprechend finanziell gefördert wird.

Ole Schröder, MdB
Vorsitzender

Gero Storjohann, MdB
stellv. Vorsitzender